

Günstige Wohnungen Ein Vorstoss hinterfragt das Engagement der Stadt bei Wohnbaugenossenschaften. **Region Seite 20**

Zirkusprojekt Die Primarschule in Uhwiesen wird eine Woche lang zu einer grossen Zirkusfamilie. **Weinland Seite 22**

Der Kanton soll den Gürtel enger schnallen

Die Regierung hat gestern ihr lang erwartetes Sparpaket vorgestellt. Es bringt einen Abbau von 140 Vollzeitstellen und ab dem Jahr 2017 schwarze Zahlen.

VON **ERWIN KÜNZI**

Laut Verfassung ist die Regierung verpflichtet, mittelfristig einen ausgeglichenen Staatshaushalt zu präsentieren. Doch dieser wird zurzeit von roten Zahlen beherrscht, und wenn nichts unternommen wird, werden sich diese noch stärker ausbreiten. Als sich das immer mehr abzeichnete, zog die Regierung vor einem Jahr die Notbremse: Sie gab eine Studie in Auftrag (BAK Basel), die die Leistungen des Kantons Schaffhausen mit denjenigen ähnlicher Kantone verglich, um herauszufinden, wo Schaffhausen über dem Durchschnitt liegt. Basierend auf dieser Studie wurde ein Sparprogramm entwickelt, das alle Bereiche der Verwaltung, aber auch der Spitäler und des Schulwesens umfasst. Gestern präsentierte die Regierung in corpore dieses Sparprogramm – offizieller Name Entlastungsprogramm 2014 (EP2014) – den Medien, nachdem gestern das kantonale Personal informiert worden war und die Mitglieder des Kantonsrats das Programm erhalten hatten.

«Die Welt hat sich verändert»

Bevor die Finanzdirektorin, Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel, EP2014 vorstellte, legte sie dar, wie es zur aktuellen Finanzsituation kommen konnte. Noch vor wenigen Jahren wies der Kanton ein gut gepolstertes Portemonnaie auf: In den Nullerjahren sprudelten die Beiträge etwa der Axpo und der Nationalbank, und der Kanton Schaffhausen war Bezüger im Nationalen Finanzausgleich (NFA). Die Steuern konnten gesenkt werden, dennoch nahm der Steuerertrag der natürlichen Personen zu. Doch dann kam mit der Finanzkrise ab 2008 die grosse Wende: Die Beiträge reduzierten sich oder blieben aus, beim NFA wurde Schaffhausen vom Empfänger zum Zahler, die Steuereinnahmen bei den juristischen Personen stagnierten. Gleichzeitig schnellten die Ausgaben für Bildung, Gesundheit und soziale Wohlfahrt zum Teil kräftig in die Höhe, nicht zuletzt



Die Regierung hat gestern im Regierungsratssaal das Sparpaket EP2014 vorgestellt: Rosmarie Widmer Gysel, Ursula Hafner-Wipf, Christian Amsler, Ernst Landolt und Reto Dubach (von links).
Bild Selwyn Hoffmann

deshalb, weil der Kanton Ausgaben, die vorher der Bund bestritten hatte, übernehmen musste. «Die Welt hat sich verändert» kommentierte Widmer Gysel diese Entwicklung, die seit 2010 zu roten Zahlen in der Kantonsrechnung und zu einem strukturellen Defizit von 40 Millionen Franken jährlich geführt hat. Und um dieses Defizit zu beseitigen und den Schuldenberg des Kantons nicht weiter anwachsen zu lassen, wurde EP2014 erarbeitet.

122 Massnahmen

Dieses umfasst 122 Massnahmen, die alle Bereiche der kantonalen Verwaltung, der Schule und der Spitäler betreffen. (Die Details aller Massnahmen können im Internet unter www.sh.ch/fileadmin/Redaktoren/Dokumente_nicht_im_Formularpool/Regierung/Vorlagen/2014/2014-079.pdf eingesehen werden; einige Beispiele sind in der Spalte rechts aufgelistet.) 100 Massnahmen, die einen Spareffekt von 20,1 Millionen Franken haben, kann die Regierung in eigener Regie beschliessen, was sie

auch schon getan hat. 22 Massnahmen (29 Millionen Franken) liegen in der Kompetenz des Kantonsrats.

Reduktion des Pendlerabzugs

Darunter befinden sich auch vier steuerliche Massnahmen: beim Ehepaarsplitting soll der Divisor von 1,9 auf 1,8 gesenkt werden (4,6 Millionen Franken); Kapitalabfindungen sollen neu mit 25 statt 20 Prozent besteuert werden (1,7 Millionen); der Pendlerabzug soll wie beim Bund auf 3000 Franken reduziert werden (5,2 Millionen); und bei der Quellensteuer soll die Provision der Arbeitgeber von 3 auf 2 Prozent reduziert werden (0,4 Millionen). Das ergibt rund 12 Millionen Franken an zusätzlichen Steuereinnahmen, wovon 5,6 Millionen auf die Gemeinden entfallen. Dieser Betrag soll aber zum grössten Teil durch einen Steuerfussabtausch von 4 Prozent abgeschöpft werden; die Gemeinden sollen morgen Freitag darüber informiert werden. Anzuführen ist, dass gegen alle Beschlüsse des Parlaments

das Referendum ergriffen werden kann, wenn der Kantonsrat nicht ohnehin von sich aus zu einzelnen Beschlüssen eine Volksabstimmung ansetzt.

Abbau wenn möglich über Abgänge

Das Sparpaket hat auch Konsequenzen für das Personal: Rund 140 Vollpensen sollen abgebaut werden, davon 23,0 in der Verwaltung (19,1 über Fluktuation), 7,3 an Kantonschule und Berufsbildungszentrum (3,8), 62,0 an den Volksschulen (30,0) und 47,0 am Pflegeheim (21,0). Wo Entlassungen nötig sind, sollen diese ab 2016 erfolgen; rund 4 Millionen Franken stehen für einen Sozialplan zur Verfügung. Insgesamt soll EP2014 den Staatshaushalt 2017 um 40,1 und 2018 um 47,1 Millionen Franken entlasten. Bevor es so weit ist, folgen jetzt aber zuerst die Beratungen im Kantonsrat, der die konkreten Dekrets- und Gesetzesvorlagen bis Ende Januar 2015 erhalten soll. Die Regierung hofft, dass sich das Parlament den aus ihrer Sicht unumgänglichen Sparanstrengungen anschliesst. «Wir müssen weg vom Besitzstanddenken kommen, uns an die neuen Gegebenheiten anpassen und uns fragen, was wir uns noch leisten können», erklärte Widmer Gysel.

«Wir müssen wegkommen von der Besitzstandswahrung und uns fragen, was können wir uns leisten.»

Rosmarie Widmer Gysel
Regierungsrätin

Der Steuerfuss soll temporär angehoben werden

Private und Unternehmen sollen nach dem Willen der Regierung mehr Steuern bezahlen. Kantonsrat und Volk haben dabei aber ein Wort mitzureden.

VON **ZENO GEISSELER**

Das Entlastungsprogramm 2014 entfaltet seine volle Wirkung nicht von Anfang an. Erst im Jahr 2017 soll der Finanzhaushalt wieder schwarze Zahlen schreiben, erst 2018 sollen alle Massnahmen umfassend greifen.

Als Überbrückung schlägt die Schaffhauser Kantonsregierung vor, den Steuerfuss für Privatpersonen und für Unternehmen während dreier Jahre von heute 112 auf 115 Prozent anzuheben. Mit dieser temporären Massnahme will die Regierung erreichen,

dass sie weniger Fremdkapital aufnehmen und somit auch weniger Zinsen bezahlen muss. Insgesamt rechnet die Kantonsregierung damit, dass mit der Steuerfussanhebung pro Jahr rund 7,2 Millionen Franken mehr Steuern in die Kasse fliessen.

Was bedeutet diese Anhebung für die einzelnen Steuerzahler? Die Antwort auf diese Frage ist so individuell wie die jeweilige Steuererklärung. Hier aber zwei Beispiele: Ein Alleinstehender, der in Schaffhausen wohnt und arbeitet und ein steuerbares Einkommen von 50 000 Franken ausweist, muss rund 80 Franken mehr bezahlen, einer mit 100 000 Franken Einkommen etwa 240 Franken mehr.

Ob der höhere Steuerfuss auch tatsächlich kommen wird, steht allerdings noch gar nicht fest. Denn nicht die Regierung, sondern das Parlament legt den Satz fest, und dieses war bis anhin gar kein Freund höherer Steuern: Schon für 2014 wollte die Regierung

den Steuerfuss anheben, scheiterte damit aber an der bürgerlichen Mehrheit im Kantonsrat. Selbst wenn der Kantonsrat eine Steuerfussveränderung beschliesst, ist diese nicht in Stein gemeisselt: Das Volk kann dagegen das Referendum ergreifen. Der Steuerfuss gilt ausserdem nur für ein Jahr; es ist also möglich, dass der Satz nicht in allen drei Jahren auf dem gleichen Wert bleibt, sondern angepasst wird.

Budget für 2015: Es bleibt rot

Gestern hat die Regierung weiter auch das Budget für das Jahr 2015 vorgestellt. Sofern alle Entlastungsmassnahmen und die Steuerfusserhöhung wie geplant durchgesetzt werden können, rechnet die Regierung im kommenden Jahr mit einem Minus in der laufenden Rechnung von 28,3 Millionen Franken, nicht ganz zehn Millionen Franken weniger als im Budget 2013. Die Aufwendungen liegen bei knapp 679 Millionen Franken, die Erträge bei

rund 650 Millionen Franken. Die Steuererträge sollen mit 305,5 Millionen Franken um knapp 16 Millionen Franken über dem Vorjahr liegen, wobei etwa die Hälfte des Anstiegs aus dem höheren Steuerfuss stammt.

Weiterhin unter Druck sind die Vermögenserträge, so der Wegfall des Anteils am Ertrag der Schweizerischen Nationalbank (-6,5 Mio. Fr.), die geringeren Anteile am Ertrag der Schaffhauser Kantonalbank (-3,5 Mio. Fr.) sowie die geringeren Erlöse aus Land- und Liegenschaftenverkäufen (-0,9 Mio. Fr.). Laut Budget geht Schaffhausen weiterhin von einer Axpo-Dividende von 5,8 Millionen Franken aus; diese Zahlung ist allerdings derzeit sehr ungewiss (die SN berichteten).

Schliesslich hat die Regierung auch den Finanzplan bis 2018 vorgelegt, der für 2017 ein Plus in der laufenden Rechnung von knapp neun Millionen Franken vorsieht. Es wären die ersten schwarzen Zahlen seit 2009.

Sparmassnahmen EP2014 Eine Auswahl

Bildung An der Primar- und Sekundarstufe I sollen 14 Pflichtlektionen abgebaut werden. Folge: Abbau von 23 Vollzeitstellen. Betroffen sind aber wegen der Teilzeitarbeit viel mehr Lehrpersonen. Spareffekt: 2016 470 000 Franken (Spareffekt für die Gemeinden 675 000); ab 2017 1,1 Millionen Franken (1,6 Millionen). «Volksschule aus einer Hand»: Der Kanton übernimmt sämtliche Aufgaben der Volksschule. Folge: Abbau von 39 Vollzeitstellen. Betroffen sind aber wegen der Teilzeitarbeit viel mehr Lehrpersonen. Spareffekt: ab 2018 1,8 Millionen (Gemeinden 2,6 Millionen).

Gesundheit Schliessung des Pflegezentrums. Folge: Abbau von 47 Stellen (24 Pflege/20 direkte/3 indirekte). Spareffekt: 2017: 2,9 Millionen; 2018: 2,6 Millionen.

Prämienverbilligung Begrenzung der Staatsbeiträge zur Prämienverbilligung auf ein Gesamtvolumen von 180 Prozent der Bundesbeiträge. Spareffekt: 2016: 2,2 Millionen (Gemeinden 4 Millionen); 2017: 2,6 (4,8); 2018: 3 (5,6).

Radarfallen Zwei semistationäre Geschwindigkeitsmessanlagen blitzen Schnellfahrer auf Schaffhauser Strassen bereits, per 2017 soll eine dritte Anlage angeschafft werden. Zudem wird bei der Ordnungsbussenzentrale eine Stelle für die Verarbeitung der Verstösse geschaffen. Erwartete Mehreinnahmen pro Jahr: 270 000 Franken (Gemeinden 0). Auch die Verkehrsabteilung der Staatsanwaltschaft wird um 1,2 Stellen aufgestockt, um mehr Fälle erledigen zu können, was Mehreinnahmen von knapp 180 000 Franken mit sich bringt.

Werbung Die Imagekampagne wird komplett gestrichen (Einsparung 250 000 Franken ab 2017). Wohnortmarketing und Markenpflege «Schaffhausen. Ein kleines Paradies» auf kleinster Flamme. Kein Werben mehr um Ansiedlungen von Unternehmen aus Russland. Entlastung: 300 000 Franken ab 2017; bei der Generis AG fallen 1,5 Stellen weg. (ek/zge)

Budget 2015 Die Zahlen im Vergleich

in Millionen Franken	Budget 2015	Budget 2014
LAUFENDE RECHNUNG		
Aufwand	678,6	673,5
Ertrag	643,1	635,7
Höherer Steuerfuss 3 %	7,2	-
Ergebnis	-28,3	-37,8
INVESTITIONSRECHNUNG		
Ausgaben	37,3	48,4
Einnahmen	10,6	20,0
Nettoinvestitionen	26,7	28,4
FINANZIERUNG		
Ergebnis Laufende Rechnung	-28,3	-37,8
Nettoinvestitionen	26,7	28,4
Finanzierungsbedarf	55,0	66,2
Abschreibungen	19,2	18,4
Finanzierungsfehlbetrag	35,8	47,8
Selbstfinanzierungsgrad	-34,3	-68,5

Quelle: Schaffhauser Regierungsrat